

Geradezu beunruhigende Harmonie

Gemeinsame Verwirrung bei deutsch-amerikanischer Bilanz 100 Tage nach Clintons Start

Von Josef Joffe
Baltimore, im Mai - Alle zwei Jahre organisieren die Atlantik-Brücke und das American Council on Germany eine Konferenz über das deutsch-amerikanische Verhältnis, wechselseitig hier und in den USA. Die Tradition will es, daß die amerikanische Seite das Treffen immer dann ausrichtet, wenn ein neuer Präsident 100 Tage lang im Amt war. Doch diesmal war ein eklatanter 'Traditionsbruch' zu verzeichnen: Die Transatlantiktagung in Baltimore stand unter dem Vorzeichen von geradezu beunruhigender Harmonie zwischen Washington und Bonn.

Ein Blick zurück: 1989, kurz nach der Amtsübernahme durch George Bush, stritt man sich noch darüber, ob man nun Gorbatschow 'beim Wort' (Genscher) nehmen könne oder nicht. 1981 und 1985, nach der Inauguration von Ronald Reagan, waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen erst recht nicht von eitel Freud und Sonnenschein erfüllt. Nach- und Aufrüstung drohten den Deutschen das Spannungsgeschäft mit der Sowjetunion zu verderben, desgleichen das amerikanische Drängen auf scharfe Sanktionen gegen Moskau. Der Amtsantritt von Carter 1977? Schon in den ersten 100 Tagen war die Verstimmung mit Händen zu greifen,

befand sich doch Carter mit seiner strikten Nichtverbreitungspolitik auf Kollisionskurs mit dem Bonner Wunsch, den Brasilianern ein Milliardenpaket mit zivilem Atomgerät zu verkaufen.

Und 1993? Noch nie waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen so konfliktarm wie heute - was auch kein Zufall ist. Die Sowjetunion existiert nicht mehr; der Kalte Krieg ist abgesagt. Ergo stoßen die globalen Interessen der Supermacht Amerika nicht mehr auf die regionalen Bedürfnisse der Mittelmacht Bundesrepublik. Mehr noch: Beide Länder sind vereint in der gemeinsamen Verwirrung angesichts der vielen 'kleinen' Probleme, die zwischen Somalia und Ex-Jugoslawien aufbrodeln. Den Völkerkrieg auf dem Balkan beenden? Ja, jeder wünscht es sich inbrünstig, aber keiner weiß wie. Den Russen helfen? Auch hier wurde nicht das Prinzip, sondern nur die Praxis debattiert.

Allenfalls bei der Uralfrage 'Freihandel' waren milde Dissonanzen zu vernehmen, als zum Beispiel ein früherer Kohl-Mitarbeiter darauf verwies, daß sich die amerikanische Freihandelsrhetorik nicht immer im Einklang mit den unilateralen Querschüssen aus Washington befinde. Dennoch: Dem Protektionismus wollte niemand das Wort

reden; im Gegenteil wurde auf eine OECD-Studie verwiesen, die dem Welthandel ein Plus von 200 Milliarden Dollar verheißt, wenn die Vorschläge der nummehr sieben Jahre alten 'Uruguay-Runde' endlich in ein neues GATT-Abkommen gegossen würden.

Der Balkan-Krieg beherrschte - kein Wunder - die Diskussion in der Arbeitsgruppe 'Internationale Sicherheit'. Unterschiedliche zwischen Amerikanern und Deutschen ließen sich schwerlich registrieren; Gegner und Befürworter einer Intervention hielten sich süberlich die Waage. Emotional waren wohl die meisten für eine Politik, welche die Diplomatie durch die Gewaltoption ergänzt. Aber ein hoher deutscher Offizier drückte die Zweifel aus, welche das Gros der Diskutanten gleichermaßen bedrückten. Die schlimmste aller Welten für die Soldaten sei es, das Bedürfnis nach politischem Aktionismus zu befriedigen. Die Wiederherstellung des Staates Bosnien-Herzegowina würde Jahre und womöglich das Leben von Zehntausenden fordern. Ergo bleibe nur die zweitbeste Lösung der Konflikteindämmung und der 'vorbeugenden Friedenserhaltung' durch die rechtzeitige Stationierung von UNO-Truppen in Mazedonien. Ein enger Mitarbeiter von Bush sekundierte: Territorium könne nicht

aus der Luft gehalten oder an die früheren Eigner retourniert werden.

Gemeinsame Probleme, gemeinsame Hilflofigkeit: Auch der Inselstaat USA weiß der grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen nicht mehr Herr zu werden. Ein knappe Million pro Jahr wandert legal nach Amerika ein; wahrscheinlich muß eine Million Illegaler dazugerechnet werden. Bei den Asylbewerbern herrschen inzwischen fast deutsche Verhältnisse: 240 000 warten auf Anerkennung durch nur 150 Beamte. Die Deutschen wollen ihre 'Asylgrenzen' bis an die Pyrenäen und an die ukrainische Grenze vorschieben, die Amerikaner, so berichtet ein Beamter der Einwanderungsbehörde, experimentieren mit 'Grenzkontrollen' auf den Flughäfen von London und Shannon.

Die Welt, da waren sich die Politiker, Publizisten, Beamte und Wirtschaftler ebenfalls einig, war einfacher zu begreifen im Schwarzweißsystem des Kalten Krieges. Man konnte sich damals auch besser streiten als in Baltimore, wo Deutsche und Amerikaner in der gemeinsamen Verwirrung vereint waren.